

ERINNERUNG, VERANTWORTUNG UND ZUKUNFT
DAS HALTEN DES VERSPRECHENS DER GERECHTIGKEIT DURCH WÜRDEVOLLE
ZAHLUNGEN

Botschafter J.D. Bindenagel

U.S. Department of State

Industrie und Handelskammer, München, den 22. September 2000

Dr. Hipp, Herr Gibowski, Generalkonsul Boehme, Mitglieder der Kammer, meine Damen und Herren. Ich möchte mich dafür bedanken, dass Sie mich heute hierher eingeladen haben, um die Bedeutung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft zu diskutieren.

Es ist immer eine Freude, nach Bayern und München zurückzukehren, da ich während des kalten Krieges mit der Dritten US Infanterie Division als erstes in Würzburg stationiert war.

Vor zehn Jahren war ich Gesandter in Ost-Berlin und war dabei, als die Ostberliner das taten, was Präsident Reagan von Gorbatschow verlangt hatte: Sie rissen die Berliner Mauer nieder. Diese Ereignisse setzten Kräfte frei, die nicht nur zur Vereinigung Deutschlands führten, sondern die auch die Gelegenheit schufen, den 'zweifachen Opfern' eine helfende Hand zu reichen; jenen Opfern nämlich, die während des Kalten Krieges hinter dem eisernen Vorhang festsaßen.

Ich möchte mehrere Beiträge ansprechen, die diese neue Stiftung bereits geleistet hat und noch leisten wird, und zwar in den Bereichen:

- Versöhnung mit den Opfern des Nationalsozialismus
- gemeinsames Engagement der USA und Deutschlands in Bezug auf Menschenrechte und Unantastbarkeit der Menschenwürde
- Rechtsfrieden für die deutsche Industrie in Bezug auf Verbrechen als Folge der nationalsozialistischen Ära
- Debatte über eine neue Diplomatie

Die deutsche Regierung wirkte in den frühen neunziger Jahren mit der Bereitschaft zu humanitären Zahlungen an Überlebende und bedürftige Opfer in Mittel- und Osteuropa wegweisend. Und nun haben deutsche Firmen, in Zusammenarbeit mit der deutschen Regierung, die Initiative ergriffen und diese neue Stiftung gegründet, um den überlebenden Opfern zu Lebzeiten ein Maß an Gerechtigkeit zukommen zu lassen.

Versöhnung mit Opfern des Nationalsozialismus

Die Stiftung wird:

- ihre Gelder zur einen Hälfte von der deutschen Regierung und zur anderen von der deutschen Industrie erhalten.

- 10 Milliarden DM an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter sowie andere Opfer der deutschen Industrie während der Nazizeit verteilen und einen Zukunftsfonds einrichten.
- deutschen Firmen Rechtsfrieden für ihre während der Nazizeit begangenen Verbrechen ermöglichen, indem über eine Million Empfänger entschädigt werden, hauptsächlich in Mittel- und Osteuropa.

Aber die eigentliche Bedeutung der Stiftung geht über diese kurze statistische Zusammenfassung hinaus. Es handelt sich hier in der Tat um eine Einrichtung von historischer Bedeutung und Vision. Wir dürfen allerdings nicht vergessen, dass die Stiftung nicht über Nacht entstanden ist, sondern dass sie in über einem Jahr intensiver Verhandlungen zwischen mehreren beteiligten Parteien und Staaten geschaffen wurde, die alle mit äusserst wichtigen Beiträgen erheblich zur endgültigen Struktur der Stiftung beigetragen haben.

Die Rolle Deutschlands

Mehrere große deutsche Firmen ergriffen die Initiative, als sie sich Ende 1998 mit einer Reihe von Sammelklagen konfrontiert sahen, die von ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern aus der Nazi-Ära bei amerikanischen Gerichten eingereicht worden waren und der Tatsache, dass Bank- und Versicherungsaufsichtsbehörden Untersuchungen anstellten, die in Amerika zugelassene deutsche Firmen dahingehend unter die Lupe nahmen, ob sie vertraglichen Verpflichtungen jener Zeit nicht nachgekommen seien.

Unter der Leitung von Dr. Henning Schulte-Noelle (Vorstandsvorsitzender, Allianz AG), Dr. Rolf Ernst Breuer (Vorstandssprecher, Deutsche Bank) und Dr. Jürgen Schrempf (Vorstandsvorsitzender, DaimlerChrysler AG) entstand eine deutsche Unternehmensinitiative. Dr. Manfred Gentz (Vorstandsmitglied der Daimler Chrysler AG) wurde Sprecher und Urheber einer Vision der Versöhnung zwischen deutschen Firmen und ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern. Es wurde der Vorschlag zur Gründung einer Stiftung gemacht, die freiwillige Zahlungen an einige Nazi-Opfer leisten sollte. Ursprünglich waren die Ziele der Stiftung sehr eng gesteckt. Wenn man den im Vorschlag erwähnten sehr kleinen Betrag sowie die enge Definition der potentiellen Empfänger betrachtete, erschien die Stiftung einigen Kritikern anfänglich nicht mehr zu sein als eine Bemühung dieser einzelnen Firmen, mit praktischen public relations und spezifischen rechtlichen Problemen fertigzuwerden, mit denen sie in den USA konfrontiert waren. Ganz im Gegenteil war aber der Vorschlag der in den USA angeklagten deutschen Firmen ein enorm wichtiger erster Schritt zur Gerechtigkeit für knapp eine Million Menschen.

Wenn ich andeute, dass der Anstoß für die Stiftung praktischer Natur war, will ich damit nicht sagen, dass die deutschen Firmen, die den Vorschlag unterbreiteten, den moralischen Dimensionen der Frage gleichgültig gegenüberstanden. Ganz im Gegenteil, denn während der achtzehnmonatigen Verhandlungen, die zur Gründung der Stiftung führten, leisteten die Vertreter deutscher Industrie erhebliches um sicherzustellen, dass die Stiftung weit mehr tun würde, als einfach nur Schecks zu verteilen. Zum Beispiel war eine angemessene Kapitalisierung des Zukunftsfonds - d.h. des Bereichs der Stiftung der für langfristige Bildungsprogramme sorgt - ein besonderes Anliegen der Vertreter der deutschen Firmen.

Die Stiftung, sowie sie heute besteht, mit ihrem beträchtlich gewachsenen Sozialleistungspaket, erweiterten Auswahlkriterien und dem permanenten Zukunftsfonds für Bildungszwecke wäre nicht möglich gewesen ohne das persönliche Engagement von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Sicherlich spielten äußerst wichtige praktische Aspekte eine wesentliche Rolle: Durch Sammelklagen in den USA drohten einigen deutschen Firmen jahrelange Gerichtsverfahren und möglicherweise Verurteilung zu grossen Schadensersatzzahlungen; amerikanische Bank- und Versicherungsaufsichtsbehörden erwogen, den Firmen, die nachgewiesenermaßen ihren vertraglichen Verpflichtungen während der Holocaustjahre nicht nachgekommen waren, die Lizenzen zu entziehen; negative Publicity bedrohte ernsthaft den Ruf deutscher Unternehmen als 'vorbildliche

Staatsbürger'; es bestand die Gefahr möglicherweise schwerwiegender Brüche im Handel zwischen zwei grossen Handelspartnern dieser Welt; und es gab natürlich auch die Gefahr möglicher politischer Konsequenzen - sowohl innen- als auch außenpolitisch - als Konsequenz der obengenannten Punkte.

Bundeskanzler Schröder verstand die weitreichende Bedeutung dieser Frage. Natürlich gab es dringenden Anlass zum Handeln, um mit den praktischen, greifbaren und wichtigen Fragen fertig zu werden. Aber es spielte noch viel mehr mit. Der Gerechtigkeit musste Genüge getan werden:

- Es handelte sich hier um die letzte grosse Gruppe von Nazi-Opfern, für die es in der Vergangenheit weder Anerkennung als solche noch Hilfsprogramme gab.
- Es handelte sich hier um eine Gelegenheit, mit den Einstellungen bisheriger deutscher Regierungen gegenüber den Opfern der deutschen Industrie während der Nazi-Ära zu brechen.
- Es handelte sich hier um eine Gelegenheit, ein neues Jahrhundert mit der erneuten und greifbaren Versicherung der moralischen und humanitären Richtlinien zu beginnen, die dieser deutschen Nachkriegsdemokratie zu Grunde liegen. Der Kanzler begrüsst nicht nur die Stiftungsinitiative, er verbürgte sich auch dafür, die Hälfte des Kapitals beizusteuern, und machte Einrichtung und Finanzierung der Stiftung zur moralischen Verpflichtung der deutschen Regierung.

Der Bundeskanzler stellte den Ernst seines Entschlusses unter Beweis, den ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, indem er mit Graf Lambsdorff einen Mann als seinen persönlichen Beauftragten in dieser Frage einsetzte, der sowohl in den USA als auch in Deutschland hoch geachtet wird. Der deutsche Bundestag nahm an den Verhandlungen teil und schuf den Gesetzesentwurf zur Schaffung und Finanzierung der neuen Stiftung.

Ausserdem fragte die deutsche Regierung 1998 bei der amerikanischen Regierung an, ob diese willens sei, ihre Vermittlungsdienste zur Verfügung zu stellen, um Verhandlungen zu der Schaffung und Ausgestaltung der Stiftung zu organisieren. Dies war eine überwältigende Aufgabe, da die Vertreter der Opfer von Nazi-Unternehmen eine grosse und vielfältige Gruppe darstellten: fünf Regierungen aus Mittel- und Osteuropa, circa 30 verschiedene, die Kläger repräsentierende Anwaltsfirmen, die Claims Conference, und der Staat Israel.

Die Rolle der USA: Unser gemeinsames Engagement für die Menschenrechte und die Unantastbarkeit der Menschenwürde

Die Politik der Vereinigten Staaten bezüglich dieser deutschen Bemühungen, Holocaust-Überlebenden, den Überlebenden von Sklaven- und Zwangsarbeit und anderen Opfern des Nationalsozialismus zu helfen, basiert auf zwei wesentlichen Anliegen: Gerechtigkeit und Dringlichkeit. Wir wissen alle, dass kein Betrag die Opfer für ihre Leiden entschädigen kann. Aber die Vereinigten Staaten und Deutschland sind durch ihr gemeinsames Engagement für die Menschenwürde verpflichtet. Diese Stiftung, die von den USA seit ihren Anfängen unterstützt wurde, wird den Überlebenden ein Maß an Gerechtigkeit bringen, und wird die von ihnen erduldeten Leiden anerkennen und achten.

Obwohl die Vereinigten Staaten nie direkt an einer Sammelklage beteiligt waren, akzeptierte die US-Regierung die Anfrage des Kanzlers, sich an den Bemühungen zu beteiligen, und zwar wegen der Bedeutung der Frage für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, und der damit verbundenen humanitären Aspekte. Die amerikanischen Bemühungen fanden unter der hervorragenden Führung des stellvertretenden Finanzministers Eizenstat statt. Über ein-

einhalb Jahre lang leisteten engagierte Mitarbeiter der amerikanischen Aussen-, Justiz- und Finanzministerien grossartige Arbeit.

Selbst höchste Stellen im Weissen Haus waren beteiligt einschliesslich Präsident Clinton. Die Rolle der Vereinigten Staaten beschränkte sich auf die eines 'Vermittlers'. Wir haben Regierungen anderer Länder, Unternehmen und sowohl nationale als auch internationale Nichtregierungsorganisationen miteinander ins Gespräch gebracht, und tun es noch, damit sie am Erfolg dieser Bemühungen mitarbeiten. Es gilt aber zu bedenken, dass wir nie in der Lage waren, den Ausgang der Gespräche zu bestimmen. Nur die Verhandlungsteilnehmer konnten dies tun. Was wir aber tun konnten, und auch taten, war, einen Vorgang zu schaffen, der die Hoffnungen und Erwartungen eines Abkommens verhies - eine Stiftung, die mehr darstellte als nur Geld. Wie haben wir das erreicht?

Erstens bestand Vize Finanzminister Eizenstat auf Einbeziehung. Damit meine ich, dass es sich hier nicht um bilaterale deutsch-amerikanische Verhandlungen handelte. Alle bedeutenden Vertreter von Opfern sollten von Anfang an einbezogen werden.

Das Einbeziehen der Delegationen von fünf mittel- und osteuropäischen Ländern war von besonderer Bedeutung für uns. Denn sowie die USA seinerzeit die Rolle des eifrigen Verfechters deutscher Demokratie und Wiedervereinigung gewählt hatte, übernehmen die USA heute die Rolle des aktivsten Befürworters der Entwicklung von Demokratie und freier Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa. Ein geeinigtes und freies Europa ist heute eine Tatsache. Aber damit es so bleibt, müssen wir einsehen, dass die jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa erfolgreich sein müssen. Als blühendste und dynamischste Demokratie in Mitteleuropa wird Deutschland immer besonders wichtig sein für die ganze Region. Wir können nicht erwarten, dass sich die Länder von Mittel- und Osteuropa politisch und wirtschaftlich mit der von uns erhofften Geschwindigkeit entwickeln, ohne Bemühungen um umfassende und kontinuierliche Versöhnung mit Deutschland.

Zweitens bestand der stellvertretende Finanzminister Eizenstat auf Offenheit. Es sollte auf keinen Fall geheime Abkommen hinter verschlossenen Türen geben. In Übereinstimmung mit Fragen der Vertraulichkeit und der angemessenen Organisation der Verhandlungen stellten sich sowohl Eizenstat als auch Graf Lambsdorff wiederholt zu offenen Pressekonferenzen zur Verfügung. Alle grundlegenden Dokumente, die während der Verhandlungen entstanden, wurden veröffentlicht, vor allem auch über eine spezielle Website im Internet. Wir wollten sicher gehen, dass die sehr grosse Gruppe potentieller Empfänger von Stiftungsgeldern in aller Welt sowie die zahllosen anderen, die ein wesentliches Interesse an der Sache haben, uneingeschränkten Zugang zu den relevanten Hauptdokumenten haben würden.

Und schliesslich suchte Eizenstat eine frühe Einigung auf Verteilungsprinzipien. Er schlug diese als allgemeine Richtlinien zur Diskussion vor. In Kürze sind dies:

- Sklaven- und Zwangsarbeit sollen die höchste Prioritätsstufe haben, wenn es um die Verteilung von Fondsgeldern geht. Zahlungen sollen eine Pauschkategorie für Körperverletzung und andere Fälle enthalten, einschliesslich, aber nicht beschränkt auf, medizinische Experimente, Mütter von 'Kinderheim'-Fällen sowie weitere Fälle von Körperverletzung, in die deutsche Unternehmen direkt verwickelt sind.
- Es soll eine Zuteilung von Mitteln geben für 'arisierte' vermögensrechtliche Forderungen an deutsche Unternehmen sowie für Ansprüche ohne Erben, humanitäre und versicherungsbezogene Forderungen.
- Es soll eine Zuteilung an den Zukunftsfonds geben für Toleranzprojekte unter Berücksichtigung der Erben von Zwangsarbeitern.
- Entscheidungen bezüglich der Verteilung werden gemacht unter Anerkennung der Tatsache, dass die Stiftung eine mögliche Wiedergutmachung für alle möglichen Forderungen an deutsche Unternehmen, die aus der Nazi-Ära stammen, anzubieten hat.

- Die Vereinigten Staaten unterstützen die Bemühungen von Opfergruppen, ein Übereinkommen bezüglich gerechter und ausgeglichener Verteilung zu erreichen, das im deutschen Recht verankert werden kann.

Indem wir diese Eisenstat-Prinzipien befolgen, sichern wir einen gerechten Ausgleich zwischen konkurrierenden Ansprüchen bei den beschränkten Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Schwierig diese Verteilungsverhandlungen auch waren, wir waren uns alle bewusst, dass eine Abrechnung mit den Ungerechtigkeiten, die vor über 50 Jahren stattfanden all jene tief berühren würde. Ich kann Ihnen mit Genugtuung sagen, dass diese Prinzipien den Kern dessen darstellen, worauf sich die beteiligten Parteien schlussendlich einigten.

Was gewinnt die deutsche Industrie? Rechtsfrieden für die deutsche Industrie in Bezug auf Verbrechen als Folge der nationalsozialistischen Ära

Mit dem am 17. Juli in Berlin erreichten Übereinkommen, dem Inkrafttreten des durch den Bundestag verabschiedeten Gesetzes sowie dem Notenwechsel, der das amerikanisch-deutsche Verwaltungsabkommen in Kraft setzte, erklärten sich die USA bereit, eine Interessenerklärung in Gerichtsverfahren abzugeben, die in den USA eingeleitet worden waren, und in denen auf Grund von während der Nazizeit begangenen Verbrechen Forderungen an deutsche Unternehmen gestellt wurden.

Eine solche Intervention durch die Vereinigten Staaten ist ein beispielloser Vorgang. Die Interessenerklärung wird das Gericht darüber informieren, dass es im aussenpolitischen Interesse der USA liege, die Stiftung als einziges Mittel und Forum zur Lösung solcher Forderungen gelten zu lassen, und dass weiterhin eine Abweisung solcher Fälle im Interesse der amerikanischen Aussenpolitik sei. Zusätzlich haben sich die Vereinigten Staaten bereiterklärt, ihre 'besten Bemühungen' um einen allumfassenden und dauerhaften Rechtsfrieden mit bundesstaatlichen und regionalen Regierungen zu erreichen.

Was wir hier erreicht haben ist in der Tat einzigartig. Dieses Übereinkommen ist teilweise das Ergebnis einer US-Politik zur Förderung freiwilliger Kooperation zwischen den Opfergruppen, der deutschen Regierung und deutschen Unternehmen, um einer grösstmöglichen Anzahl von Überlebenden schnellstmöglich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Doch es gibt auch andere Konsequenzen: Die Debatte über eine neue Diplomatie - Das Hinarbeiten auf Gerechtigkeit

Der Holocaust im Allgemeinen sowie das durch die deutsche Industrie begangene Unrecht im Besonderen sind in der Tat dermaßen schrecklich, dermaßen durchdringend in ihrer Gewalt und dermaßen menschenrechtsverletzend, dass das Konzept, nach Gerechtigkeit zu streben selbst vor einer riesigen Herausforderung steht. Wie können viele für solches Leiden über eine lange Zeit hinweg Gerechtigkeit erfahren? Geld kann keinen Ausgleich schaffen. Geld ist ein zu krasses Tauschmittel, und selbst wenn es das nicht wäre, gäbe es nicht genug davon. Worte reichen nicht aus. Worte benötigen etwas Greifbares, um ihnen Festigkeit zu geben.

Wir haben in diesen Verfahren auch eine neue diplomatische Rolle der Anwälte der Kläger beobachtet. In der neusten Ausgabe des Foreign Affairs Magazine versichern Anne-Marie Slaughter und David Bosco, dass, ich zitiere: "amerikanische Gerichte der Austragungsort erster Wahl für Klagen von Holocaust Überlebenden geworden sind, weil sie den Klägern die Vorteile der Verfahrensmechanismen anzubieten haben, ganz zu schweigen von den Aussichten auf beispiellose Berichterstattung durch die Medien sowie das Engagement der US-Regierung." Die Autoren fahren damit fort, diese Vorgänge als "Kläger-Diplomatie" zu bezeichnen. Sie argumentieren gar, dass Sammelklagen gegen Unternehmen, die sich der Vergehen gegen internationales Recht schuldig gemacht haben mit grosser

Wahrscheinlichkeit diplomatische Beziehungen erschweren und ausserdem bewirken, dass mächtige Unternehmen Druck auf Regierungen ausüben. Diese Theorie ist zur Zeit weder bestätigt noch widerlegt, aber die neue deutsche Stiftung wird zweifellos mit ihrem Vorgehen Maßstäbe setzen.

Schlußfolgerung

Für ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter sowie andere Opfer der deutschen Industrie bedeutet die Stiftung einen Mechanismus für eine bedeutsame Form von Gerechtigkeit. Sie mag nicht perfekt sein. Sie mag nicht alle zufriedenstellen. Sie wird nie in der Lage sein, für die Vergangenheit zu entschädigen. Aber sie besitzt, und ich bin sicher, dass gerechtdenkende Menschen mit mir einig sind, die Elemente von Gerechtigkeit. Es handelt sich hier vielleicht weniger um "erreichte Gerechtigkeit", sondern eher um "erstrebte Gerechtigkeit". Ihre Schlüsselemente sind:

Humanitäre Hilfe: Die Stiftung wird alternden Opfern Unterstützung anbieten. Die überwältigende Mehrheit der Unterstützungsempfänger ist Ende siebzig oder Anfang achtzig. Diese humanitäre 'Geste' wird hunderttausenden von Überlebenden spürbar helfen, und zwar weit über das hinaus, was Gerichtsverhandlungen hätten erreichen können.

Anerkennung von Ungerechtigkeit und Leiden: Die Stiftung, die zum Ziel hat als Organisation weiter zu bestehen bedeutet aber über die finanzielle 'Geste' hinaus die Anerkennung der Ungerechtigkeiten und der Leiden, die diese Opfer während der Nazizeit durchlebt haben.

Präsident Rau unterstrich diesen Aspekt der Stiftung in seiner Rede vom 17. Dezember in Berlin in der Gegenwart von Holocaust-Überlebenden und ranghohen Vertretern aus Mittel- und Osteuropa. Rau sagte folgendes:

"Ich weiss, dass es für viele nicht das Geld ist, was zählt. Was sie wollen, ist die Anerkennung ihres Leidens als Leiden, und die Bezeichnung der ihnen widerfahrenen Ungerechtigkeiten als Ungerechtigkeiten. Ich bezeige allen, die unter deutscher Regierung der Sklaven- oder Zwangsarbeit unterworfen waren meine Hochachtung und bitte sie im Namen des deutschen Volkes um Vergebung."

Präsident Raus Entschuldigung bot vielen die Versicherung, dass es, wenn das letzte Wort bezüglich Holocaust und Nazizeit gesprochen wird, nicht um Geld geht.

Programme für die Zukunft, verwurzelt in den Lehren der Vergangenheit: Wenn die letzte Zahlung an einen Überlebenden geleistet ist, wird die Stiftung in Form des Zukunftsfonds auf unbegrenzte Zeit weiterexistieren. Mit einem Kapital von 700 Millionen D-Mark ist sie damit beauftragt, Programme zur Bekämpfung von Unrecht, Rassismus, und Intoleranz einzurichten, kontinuierliche Sozialprogramme zum Gedenken an die Verstorbenen aufzubauen sowie Bildungsprogramme zu lancieren, die garantieren sollen, dass die Erinnerung an das Geschehene nicht verlorengeht.

Versöhnung der Nationen: Deutschland und die Länder Mittel- und Osteuropas haben während des letzten Jahrzehntes Grosses geleistet, um mit dem Vermächtnis der Nazizeit fertig zu werden und ein Netz von Verbindungen für die Zukunft zu schaffen. Die Stiftung baut auf diesen Bemühungen auf. Man kann dies wohl als das bedeutendste und greifbarste Beispiel dieses gemeinsamen Engagements bezeichnen.

Insgesamt sind alle diese spezifischen Elemente integrale Bestandteile der Satzung und der Tätigkeit der Stiftung. Sie sind dazu geschaffen worden, sich direkt und zusammen mit anderen wirtschaftlichen und politischen Programmen, die Deutschland bereits in der Vergangenheit geschaffen, der menschlichen und moralischen Verpflichtung Deutschlands anzunehmen, die sich aus der Nazi-Ära ergibt. Wie dies schon der Name der Stiftung treffend beschreibt sind die grundlegenden Elemente dabei: "Erinnerung"..."Verantwortung"..."und Zukunft".

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.